

Öffentliches Recht

Frenz

8., neu bearbeitete Auflage 2019
ISBN 978-3-8006-6022-3
Vahlen

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Öffentliches Recht

Eine nach Anspruchszielen
geordnete Darstellung
zur Examensvorbereitung

Von
Professor Dr. jur. Walter Frenz

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

8., neu bearbeitete Auflage 2019

Verlag Franz Vahlen

Zitiervorschlag: *Frenz* ÖffR Rn.

beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.vahlen.de

ISBN 978 3 8006 6022 3

© 2019 Verlag Franz Vahlen GmbH
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: Druckhaus Nomos
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH, Lahnau
Umschlaggestaltung: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar


vahlen.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 8. Auflage

In der 8. Auflage wird wiederum Basiswissen mit examensträchtigen Problemen und aktuellen Entscheidungen kombiniert, die jeweils an der im Prüfungsaufbau erforderlichen Stelle aufgezeigt werden. Wie auch in den vorherigen Auflagen boten insbesondere das Verfassungsrecht und die Grundlagen des Europarechts zahlreiche Neuerungen – so die Unionsrechtswidrigkeit der PKW-Maut (→ Rn. 111). Sowohl das BVerfG als auch der EuGH entschieden zum PSPP und führten so die Entscheidung zum OMT-Beschluss der EZB fort (→ Rn. 41, 56). Im deutschen Recht besonders im Vordergrund stehen Dieselfahrverbote, nämlich deren Verhältnismäßigkeit und etwaige Entschädigungspflichten (→ Rn. 504) – auch im Vergleich zum Atom- und Kohleausstieg (→ Rn. 525) – ihre Durchsetzung mittels automatisierter Kennzeichenerfassung (Rn. 457), Betriebsuntersagungen wegen Abschaltanlagen (→ Rn. 828), vorbeugende Unterlassungsklagen dagegen und gegen Fahrverbote (→ Rn. 1049) sowie die Fortschreibung von Luftreinhalteplänen (→ Rn. 1297). Weiterhin aktuell sind die Entscheidungen zur Studienplatzvergabe (→ Rn. 544), zur Angreifbarkeit von bauplanerischen Festsetzungen des Maßes der Nutzung (→ Rn. 770), zu klarstellenden Verwaltungsakten (→ Rn. 742), zu Stadionverboten (→ Rn. 573, 705) und zu »Reichsbürgern« (→ Rn. 835). Wie ist die in den Polizeigesetzen von Bayern und NRW neu eingeführte latente Gefahr zu handhaben, etwa gegenüber »Gefährdern« aus einem IS-Camp (→ Rn. 867)? Immer noch bedeutsam sind die Entscheidungen zum Kopftuchverbot an Schulen und Kindergärten (Art. 4 I GG, → Rn. 394 ff.) sowie nunmehr auch im Justizdienst (→ Rn. 396), zum Sampling (Art. 5 III GG, → Rn. 708 auch zum EuGH-Urteil vom 29.7.2019), zum Atomausstieg (Art. 14 GG, → Rn. 525) und zum Datenschutz, für den das BVerfG nunmehr zur automatisierten Kennzeichenerfassung entschied (→ Rn. 457), der EuGH zu Google, Vorratsdatenspeicherung und Safe-Harbor-Abkommen (→ Rn. 44, 428, 449 f.). Im Verwaltungsrecht ergab sich Aktuelles neben den Dieselfahrverboten insbesondere zu Unterkünften für Flüchtlinge sowie zu Werbefahrzeugen und damit im Bereich der Sondernutzung in Abgrenzung zum Gemeingebrauch.

Die Bearbeitung befindet sich auf dem Stand von Mitte 2019. Für ihre Mithilfe bei der Aktualisierung der Literatur sowie bei der Formatierung danke ich sehr herzlich Herrn *Julian Rahe*, der mir diverse Anregungen gab, Herrn *Philip Ley* M.Sc., Frau *Lena Noner* B.Sc., Herrn *Sascha Ohlenforst* B.A. und Frau *Alina Wennemann* M.A.

Absolventen des 1. Staatsexamens bedanken sich immer wieder dafür, dass dieses Buch im Öffentlichen Recht die Grundlage für ihr Prädikatsexamen gelegt hat. Aber auch über kritische Hinweise und Anregungen würde ich mich sehr freuen. Ich erbitte sie an:

Univ.-Prof. Dr. Walter Frenz
RWTH Aachen
Wüllnerstr. 2
52062 Aachen
0241-8095691
E-Mail: frenz@bur.rwth-aachen.de

Aachen, im Juli 2019

Walter Frenz



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Aus dem Vorwort zur 1. Auflage

Fernsehaufnahmen im Gerichtssaal und Rundfunkfreiheit, Bilder Carolines von Monaco und Pressefreiheit, rechtsradikale Aufzüge und Versammlungsverbot, Kammerpflichtmitgliedschaft für EU-ausländische Anbieter und gemeinschaftliche Dienstleistungsfreiheit, Kampfhundeeinschläferung und Eigentumsschutz, Hundehaltungsverordnungen und Bestimmtheitsgebot, Werbebeschränkungen für Rechtsanwälte oder Warnung vor BSE und Berufsfreiheit – das Öffentliche Recht wimmelt von aktuellen Fragestellungen. Dieser besondere Reiz macht aber ein systematisches Vorgehen nicht entbehrlich. Es bildet vielmehr die Basis zur vollen Erfassung neuer Entwicklungen.

Während dem Zivilrecht der Anspruchsaufbau selbstverständlich zugrunde liegt, wird er im Öffentlichen Recht vielfach vernachlässigt. Dabei bildet er auch in diesem Gebiet die Basis für gute Klausurergebnisse. Im Öffentlichen Recht ergibt er sich wesentlich aus dem Anspruchsziel: Abwehr, Leistung oder Feststellung, unterteilt nach Normen, Verwaltungs- und Realakten bzw. aufgegliedert in die europäische Ebene sowie die nationale Verfassungs- und Verwaltungsebene. Daher bedarf es einer nach Anspruchszielen geordneten Darstellung zur Examensvorbereitung.

Nach diesem Muster geordnet, wird das für das 1. Juristische Staatsexamen erforderliche Wissen aus allen Gebieten des Öffentlichen Rechts dargelegt. Dadurch treten Zusammenhänge hervor, die bei einer getrennten Behandlung der Einzelgebiete so nicht deutlich werden. Die Probleme werden oft nur kurz angerissen und auch nicht durchgehend vollständig dargestellt, Beispielsfälle verkürzt. Gerade im Öffentlichen Recht ist es unmöglich, alle Einzelheiten zu kennen. Umso wichtiger ist die Beherrschung von Strukturen und der Systematik, um einen unbekannten Fall lösen zu können. Die aufgenommenen Beispiele und Einzelfragen dienen daher der Verdeutlichung. Klassischen Entscheidungen und der aktuellen Rspr. entnommen, decken sie aber weitgehend die in Standardfällen zu erwartenden Konstellationen ab.



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 8. Auflage	V
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage	VII
Inhaltsverzeichnis	XIII
Verzeichnis der Abbildungen, Übersichten und Schemata	XXIII
Abkürzungsverzeichnis	XXV
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXXI
Einführung	1
1. Teil. Abwehr von Maßnahmen	5
1. Kapitel. Abwehr von Normen	5
§ 1 Europarechtliche Normen	6
A. Primärrecht	6
B. Sekundärrecht	11
§ 2 Vereinbarkeit deutscher Gesetze mit Unionsrecht	29
A. Verfahrensmöglichkeiten	29
B. Ansatzpunkte für eine Unionsrechtswidrigkeit	32
§ 3 Überprüfung deutscher Gesetze am Grundgesetz	47
A. Verfahrensarten	48
B. Entscheidung des BVerfG	63
C. Verfassungsmäßigkeit eines Gesetzes	64
D. Prüfung durch den Bundespräsidenten	80
§ 4 Grundrechte	81
A. Relativer und absoluter Schutz (Menschenwürde)	81
B. Schutzbereich	87
C. Grundrechtseingriffe	104
D. Rechtfertigung	111
§ 5 Eigentums- und Berufsfreiheit	157
A. Art. 14 GG – Eigentumsfreiheit	157
B. Art. 12 GG – Berufsfreiheit	172
§ 6 Gleichheitsgrundrechte	186
A. Überblick	186
B. Der allgemeine Gleichheitsgrundsatz gem. Art. 3 I GG	186
C. Besondere Gleichheitssätze	192
§ 7 Abwehr untergesetzlicher Normen, § 47 VwGO	196
A. Zulässigkeit eines Normenkontrollantrages	197
B. Begründetheit	202
C. Einstweiliger Rechtsschutz nach § 47 VI VwGO	215
2. Kapitel. Aufhebung von Verwaltungsakten	216
§ 8 Verfassungsbeschwerde gegen Verwaltungsakte und Urteile	216
A. Verfassungsbeschwerde unmittelbar gegen Verwaltungsakte	216
B. Verfassungsbeschwerde gegen gerichtliche Entscheidungen	216
§ 9 Die Zulässigkeit der Anfechtungsklage	224
A. Überblick über die Zulässigkeitsvoraussetzungen	225
B. Die zentralen Zulässigkeitsvoraussetzungen	226
C. Die sonstigen Zulässigkeitsvoraussetzungen	245
§ 10 Begründetheit der Anfechtungsklage	246
A. Ansatz und Klagegegenstand	246
B. Ermächtigungsgrundlage	250
C. Rechtmäßigkeit des Verwaltungsaktes	257
D. Tatsächliche Verletzung in subjektiven Rechten	283
E. Zu den Rechtsfolgen	284

§ 11	Einstweiliger Rechtsschutz nach §§ 80, 80a VwGO	284
	A. Bedeutung und Anwendungsbereich	284
	B. Zulässigkeit des Antrags nach §§ 80 V, 80a VwGO	285
	C. Begründetheit	287
3. Kapitel.	Abwehr sonstiger Maßnahmen	294
§ 12	Die Leistungsunterlassungsklage	294
	A. Allgemeines	294
	B. Zulässigkeit der allgemeinen Unterlassungsklage	295
	C. Die vorbeugende Unterlassungsklage	298
	D. Begründetheit der Leistungsunterlassungsklage: Der Unterlassungsanspruch	300
§ 13	Einstweiliger Rechtsschutz nach § 123 VwGO	305
	A. Einordnung	305
	B. Zulässigkeit	306
	C. Begründetheit	307
2. Teil.	Erlass von Maßnahmen	309
4. Kapitel.	Erlass von Normen	310
§ 14	Normerlassansprüche und ihre Durchsetzung	310
	A. Allgemeines	310
	B. Aus Unionsrecht: Stattdessen unmittelbare Wirkung	310
	C. Aus Grundrechten	311
	D. Aus einfachem Recht	314
	E. Prozessuale Durchsetzung	314
5. Kapitel.	Erlass von Verwaltungsakten	316
§ 15	Zulässigkeit der Verpflichtungsklage	316
	A. Eröffnung des Verwaltungsrechtsweges	317
	B. Statthaftigkeit	318
	C. Klagebefugnis, § 42 II VwGO	320
	D. Vorverfahren	322
	E. Klagefrist	322
	F. Rechtsschutzbedürfnis	322
§ 16	Begründetheit der Verpflichtungsklage	323
	A. Allgemeiner Rahmen	323
	B. Die Grundstruktur von Genehmigungsverfahren	324
	C. Anspruch auf Erteilung einer Baugenehmigung	325
	D. Ansprüche auf die Benutzung öffentlicher Sachen, insbesondere Straßen	335
	E. Benutzung kommunaler Einrichtungen	340
	F. Anspruch auf polizeiliches Einschreiten	345
	G. Anspruch aus Zusicherung gem. § 38 VwVfG	348
	H. Wiederaufgreifen des Verfahrens	348
	J. Ansprüche aus Unionsrecht	351
§ 17	Einstweiliger Rechtsschutz auf Erlass eines VA	352
	A. Regelungsanordnung nach § 123 I 2 VwGO	352
	B. Für Hochschulzulassungen	353
	C. Bei Zweifeln an entgegenstehendem EU-Recht	355
6. Kapitel.	Sonstiges Verwaltungshandeln und Geldzahlungen	356
§ 18	Die allgemeine Leistungs(vornahme)klage	356
	A. Allgemeines	356
	B. Zulässigkeit	356
	C. Begründetheit der allgemeinen Leistungsklage, insbesondere Folgenbeseitigungsanspruch	360
	D. Einstweiliger Rechtsschutz bei Begehren auf Leistungsvornahme	363
§ 19	Leistungsansprüche aus öffentlich-rechtlichem Vertrag	364
	A. Allgemeines	364
	B. Vorliegen eines öffentlich-rechtlichen Vertrages	365
	C. Rechtmäßigkeit des Vertrages	366
	D. Nichtigkeit des Vertrages	367
§ 20	Geldleistungsansprüche	369
	A. Haftung aus öffentlich-rechtlichen Sonderverbindungen	370
	B. Staatshaftung	371
	C. Entschädigungsansprüche	383

D. Öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch	389
E. Aufwendungsersatz	392
F. Sozialleistungsansprüche	394
3. Teil. Feststellung der Rechtswidrigkeit	395
7. Kapitel. Verfassungsrechtliche Feststellungsbegehren: Handeln von nationalen Verfassungsorganen	395
§ 21 Organstreitverfahren	395
A. Zulässigkeit	395
B. Begründetheit	399
§ 22 Bund-Länder-Streitigkeiten	413
A. Bund-Länder-Streitigkeiten nach Art. 93 I Nr. 3 GG	413
B. Andere Bund-Länder-Streitigkeiten nach Art. 93 I Nr. 4 GG	418
8. Kapitel. Feststellungsbegehren für Verwaltungshandeln	418
§ 23 Kommunalverfassungsrechtliche Streitigkeiten	418
A. Begriff und Bedeutung	418
B. Zulässigkeit der kommunalverfassungsrechtlichen Klage	419
C. Begründetheit der kommunalverfassungsrechtlichen Klage	421
§ 24 Feststellungsklage	424
A. Zulässigkeit	424
B. Begründetheit	431
§ 25 Fortsetzungsfeststellungsklage (Rechtswidrigkeitsfeststellungsklage)	432
A. Einordnung	432
B. Zulässigkeit	433
C. Begründetheit	439
Entscheidungssammlung	447
Sachverzeichnis	453


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 8. Auflage	V
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage	VII
Inhaltsübersicht	IX
Verzeichnis der Abbildungen, Übersichten und Schemata	XXIII
Abkürzungsverzeichnis	XXV
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXXI
Einführung	1
1. Teil. Abwehr von Maßnahmen	5
1. Kapitel. Abwehr von Normen	5
§ 1 Europarechtliche Normen	6
A. Primärrecht	6
I. Grundlagen	6
II. ESM-Vertrag	8
1. Materielle Grenzen	8
2. Reichweite der Mitwirkung des Bundestages	9
3. Eilbedürftigkeit	10
B. Sekundärrecht	11
I. Überprüfung am europäischen Primärrecht	11
1. Verfahren vor dem Gerichtshof der EU	12
2. Überprüfungsgründe	13
II. Überprüfung sekundären Unionsrechts an deutschem Recht	19
1. Unmittelbare Wirkung von Unionsrechtsakten	19
2. Kooperationsverhältnis von BVerfG und Gerichtshof der EU	20
3. Widerspruch zum europäischen Integrationsprozess nach den Verträgen und Art. 23 GG	25
4. Zustandekommen sekundären Unionsrechts	26
5. Umsetzung und Anwendung durch Organe deutscher Staatsgewalt	27
§ 2 Vereinbarkeit deutscher Gesetze mit Unionsrecht	29
A. Verfahrensmöglichkeiten	29
I. Kommission und Mitgliedstaaten	29
II. Gerichte	29
1. Vorlageverfahren, Art. 267 AEUV	29
2. Voraussetzungen	30
3. Verletzung von Art. 101 I 2 GG	31
III. Individuen	32
B. Ansatzpunkte für eine Unionsrechtswidrigkeit	32
I. Unionsrechtliches Primärrecht	32
1. Warenverkehrsfreiheit, Art. 34 AEUV	33
2. Personenfreizügigkeit, Art. 45, 49 AEUV	38
3. Dienstleistungsfreiheit, Art. 56 und 57 AEUV	41
4. Allgemeines Diskriminierungsverbot und allgemeine Gleichbehandlung	43
II. Vereinbarkeit mit unionsrechtlichem Sekundärrecht	45
1. Unionsrechtsverstoß, insbesondere Anforderungen an die Umsetzung von Richtlinien	45
2. Richtlinienkonforme Auslegung	46
§ 3 Überprüfung deutscher Gesetze am Grundgesetz	47
A. Verfahrensarten	48
I. Abstrakte Normenkontrolle, Art. 93 I Nr. 2 GG; §§ 13 Nr. 6, 76ff. BVerfGG	48
1. Antragsberechtigung	48
2. Prüfungsgegenstand	48
3. Antragsbefugnis	48

4. Klarstellungsinteresse	49
5. Ordnungsgemäßer Antrag und Frist	49
II. Abstrakte Normenkontrolle nach Art. 93 I Nr. 2a, II GG, § 13 Nr. 6a BVerfGG	49
III. Konkrete Normenkontrolle: Richtervorlage, Art. 100 GG, § 13 Nr. 11, §§ 80–82 BVerfGG	50
1. Vorlageberechtigung und Prüfungsgegenstand	50
2. Überzeugung von der Verfassungswidrigkeit	50
3. Entscheidungserheblichkeit	50
IV. Individualverfassungsbeschwerde	51
1. Beschwerdefähigkeit	51
2. Beschwerdegegenstand	53
3. Beschwerdebefugnis	54
4. Rechtswegerschöpfung und Subsidiarität der Verfassungsbeschwerde	55
5. Frist	56
6. Prozessfähigkeit	56
7. Praxis: Annahme der Verfassungsbeschwerde	56
V. Kommunalverfassungsbeschwerde	57
1. Zulässigkeit	57
2. Recht auf kommunale Selbstverwaltung, Art. 28 II GG	57
VI. Einstweiliger Rechtsschutz	61
B. Entscheidung des BVerfG	63
C. Verfassungsmäßigkeit eines Gesetzes	64
I. Formelle Verfassungsmäßigkeit	64
1. Gesetzgebungskompetenz des Bundes	64
2. Gesetzgebungsverfahren	73
II. Materielle Verfassungsmäßigkeit	75
1. Rechtsstaatsprinzip, Art. 20 III GG	75
2. Sozialstaatsprinzip, Art. 20 I GG	78
3. Demokratieprinzip	78
D. Prüfung durch den Bundespräsidenten	80
§ 4 Grundrechte	81
A. Relativer und absoluter Schutz (Menschenwürde)	81
I. Grundlagen	81
II. Menschenwürdiges Existenzminimum	82
III. Haft und Sicherungsverwahrung	83
1. Grundlagen	83
2. Nachträgliche Sicherungsverwahrung	84
IV. Flugzeugabschuss	86
B. Schutzbereich	87
I. Bestimmung des Schutzbereichs am Beispiel von Art. 4 GG	88
1. Glauben und Gewissen	88
2. Glaubens- und Bekenntnisfreiheit	88
II. Abgrenzung der Schutzbereiche und Konkurrenzen	92
1. Meinungs- und Versammlungsfreiheit	92
2. Vorrang eines Grundrechts	97
3. Idealkonkurrenz	101
III. Art. 2 I GG als Auffanggrundrecht	102
1. Sachbezogen	102
2. Personenbezogen	103
C. Grundrechtseingriffe	104
I. Unmittelbare finale Eingriffe am Beispiel von Art. 6 GG	105
1. »Homoehe«	105
2. Familienzuschlag und Hinterbliebenenversorgung	106
3. Adoption	107
4. Fazit	108
5. Eingriffe durch Verwaltungsakte	108
II. Faktische Eingriffe	109
III. Mittelbare Eingriffe	110
IV. Begrenzungen	111
D. Rechtfertigung	111
I. System	111

II.	Grundrechte mit Gesetzesvorbehalt	113
1.	Reichweite des Gesetzesvorbehalts (Beispiel: Aufnahmen im Gericht)	113
2.	Ausgleich konkurrierender Verfassungsgüter (Beispiel: Pressefreiheit und allgemeine Persönlichkeitsrechte)	114
III.	Grundrechte ohne Gesetzesvorbehalt	118
1.	Beschränkung durch kollidierendes Verfassungsrecht	118
2.	Wissenschaftsfreiheit	121
3.	Glaubensfreiheit	123
4.	Kunstfreiheit	128
IV.	Schranken-Schranken	129
1.	Anforderungen aus dem Vorbehalt des Gesetzes	129
2.	Verhältnismäßigkeit	130
3.	Wesensgehaltsgarantie	154
4.	Bestimmtheitsgebot	154
5.	Verbot des Einzelfallgesetzes	156
6.	Zitiergebot	156
§ 5	Eigentums- und Berufsfreiheit	157
A.	Art. 14 GG – Eigentumsfreiheit	157
I.	Prägung der Eigentumsfreiheit durch den Gesetzgeber	157
II.	Schranken für den Gesetzgeber	157
1.	Ausgleich und Kernbereich bei Inhaltsbestimmungen	157
2.	Eigentumswertgarantie	158
III.	Eröffnung des Schutzbereichs von Art. 14 GG	158
1.	Vermögenswerte Rechte	158
2.	Nicht das Vermögen an sich	159
3.	Keine tatsächlichen und allein normabhängigen Umstände	160
4.	Das »Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb«	162
IV.	Eingriff: Abgrenzung von Inhaltsbestimmung und Enteignung	163
1.	Grundansatz	163
2.	Nähere Abgrenzung	164
V.	Rechtfertigung	165
1.	Inhalts- und Schrankenbestimmung	165
2.	Enteignung gem. Art. 14 III GG	170
3.	Prüfung der Eigentumsfreiheit, Art. 14 GG	171
B.	Art. 12 GG – Berufsfreiheit	172
I.	Abgrenzung zu Art. 14 GG	172
II.	Einheitliches Grundrecht der Berufsfreiheit	174
III.	Schutzbereich	174
1.	Beruf	174
2.	Berufswahl	175
3.	Berufsausübung	177
IV.	Eingriff	178
V.	Rechtfertigung	180
1.	Abgestufte Schutzintensität	180
2.	Berufsausübungsregeln	181
3.	Berufswahlregelungen	182
4.	Konkretisierung der Verhältnismäßigkeitsprüfung	183
§ 6	Gleichheitsgrundrechte	186
A.	Überblick	186
B.	Der allgemeine Gleichheitsgrundsatz gem. Art. 3 I GG	186
I.	Ungleichbehandlung	187
II.	Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	188
1.	Prüfungsrahmen	188
2.	Verhältnismäßigkeit	191
C.	Besondere Gleichheitssätze	192
I.	Art. 3 II GG	192
II.	Weitere Differenzierungsge- und -verbote	194
III.	Grunderwerbsteuer	195
§ 7	Abwehr untergesetzlicher Normen, § 47 VwGO	196
A.	Zulässigkeit eines Normenkontrollantrages	197
I.	Verwaltungsrechtsweg	197

II. Statthaftigkeit	197
1. Nach § 47 I Nr. 1 VwGO	197
2. Nach § 47 I Nr. 2 VwGO	198
III. Antragsbefugnis	199
1. Behörden	199
2. Natürliche und juristische Personen	199
IV. Allgemeine Voraussetzungen	201
V. Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis	202
B. Begründetheit	202
I. Allgemeiner Prüfungsumfang und -maßstab	203
II. Allgemeine Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen für Satzungen und Rechtsverordnungen	203
1. Ermächtigungsgrundlage	203
2. Formelle Rechtmäßigkeit	205
3. Materielle Rechtmäßigkeit (Subsumtion)	205
4. Bestimmtheit	206
5. Ermessen	206
III. Bebauungspläne	207
1. Ermächtigungsgrundlage	207
2. Formelle Rechtmäßigkeit	207
3. Materielle Rechtmäßigkeit	211
C. Einstweiliger Rechtsschutz nach § 47 VI VwGO	215
I. Zulässigkeit	215
II. Begründetheit	215
2. Kapitel. Aufhebung von Verwaltungsakten	216
§ 8 Verfassungsbeschwerde gegen Verwaltungsakte und Urteile	216
A. Verfassungsbeschwerde unmittelbar gegen Verwaltungsakte	216
B. Verfassungsbeschwerde gegen gerichtliche Entscheidungen	216
§ 9 Die Zulässigkeit der Anfechtungsklage	224
A. Überblick über die Zulässigkeitsvoraussetzungen	225
B. Die zentralen Zulässigkeitsvoraussetzungen	226
I. Eröffnung des Verwaltungsrechtsweges	226
1. Öffentlich-rechtliche Streitigkeit	226
2. Streitigkeiten nichtverfassungsrechtlicher Art	227
II. Statthafte Klageart	227
1. Klagebegehren: Aufhebung eines Verwaltungsaktes	227
2. Verwaltungsakt: Merkmale	228
3. Teilanfechtung	234
III. Klagebefugnis	236
1. Aus einfachgesetzlichen Schutznormen	236
2. Aus Grundrechten	240
3. Aus Unionsrecht	241
4. Verbandsklage	242
5. Entfallen der Klagebefugnis aufgrund von Präklusion	242
IV. Vorverfahren	243
C. Die sonstigen Zulässigkeitsvoraussetzungen	245
§ 10 Begründetheit der Anfechtungsklage	246
A. Ansatz und Klagegegenstand	246
I. Ansatz und maßgeblicher Zeitpunkt	246
II. Klagegegenstand	248
1. Bedeutung des Widerspruchsbescheides	248
2. Nebenbestimmungen	249
B. Ermächtigungsgrundlage	250
I. Notwendigkeit	250
II. Vorrang von Spezialvorschriften	251
1. Grundsatz und Grenzen	251
2. Vorrang der polizeirechtlichen Standardmaßnahmen gegenüber der Generalklausel am Beispiel der Obdachloseneinweisung	252
3. Aufhebung von Verwaltungsakten	253
III. Befugnis für polizeiliche Vollstreckungsmaßnahmen, insbesondere für das Abschleppen von Kfz	254

C.	Rechtmäßigkeit des Verwaltungsaktes	257
I.	Formelle Rechtmäßigkeit	257
1.	Zuständigkeit	257
2.	Verfahren	258
3.	Form	258
II.	Materielle Rechtmäßigkeit	259
1.	Rechtmäßigkeit der Ermächtigungsgrundlage	259
2.	Korrekte Subsumtion unter die Ermächtigungsgrundlage (einschließlich Beurteilungsspielraum)	260
3.	Adressat und Maßnahmerichtung	265
4.	Bestimmtheit	271
5.	Rechtliche und tatsächliche Möglichkeit	272
6.	Rechtmäßiger Ermessensgebrauch	272
7.	Vereinbarkeit mit höherrangigem Recht	274
III.	Die Anfechtung der Aufhebung von (begünstigenden) Verwaltungsakten	277
1.	Rücknahme und Widerruf	277
2.	Widerruf rechtmäßiger begünstigender Verwaltungsakte	278
3.	Rücknahme rechtswidriger begünstigender Verwaltungsakte	278
4.	Rücknahme von unionsrechtswidrigen Beihilfen	281
D.	Tatsächliche Verletzung in subjektiven Rechten	283
E.	Zu den Rechtsfolgen	284
§ 11	Einstweiliger Rechtsschutz nach §§ 80, 80a VwGO	284
A.	Bedeutung und Anwendungsbereich	284
B.	Zulässigkeit des Antrags nach §§ 80 V, 80a VwGO	285
I.	Zur Hauptsache akzessorische Voraussetzungen	285
1.	Verwaltungsrechtsweg	285
2.	Statthaftigkeit	285
3.	Antragsbefugnis	286
4.	Sonstiges	286
II.	Rechtsschutzbedürfnis	286
1.	Anträge nach § 80 V VwGO	286
2.	Anträge nach § 80a VwGO	287
C.	Begründetheit	287
I.	Formelle Rechtmäßigkeit von Anordnungen nach § 80 II 1 Nr. 4 VwGO	288
II.	Materielle Prüfung	288
III.	Besonderes Vollzugsinteresse bei Anordnungen nach § 80 II 1 Nr. 4 VwGO	290
IV.	Einschränkung der gerichtlichen Entscheidungsbefugnis durch Vorlagepflicht?	291
V.	Bei für rechtswidrig erachtetem Unionsrecht	292
3. Kapitel.	Abwehr sonstiger Maßnahmen	294
§ 12	Die Leistungsunterlassungsklage	294
A.	Allgemeines	294
B.	Zulässigkeit der allgemeinen Unterlassungsklage	295
I.	Verwaltungsrechtsweg	295
1.	Erwerbswirtschaftliche Betätigung	295
2.	Immissionen, vor allem von kirchlichen Einrichtungen	296
II.	Statthaftigkeit	297
III.	Klagebefugnis	297
IV.	Rechtsschutzbedürfnis	298
C.	Die vorbeugende Unterlassungsklage	298
I.	»Vorbeugende« Unterlassungsklage gegen Realakte	298
II.	Vorbeugende Unterlassungsklage gegen drohende Verwaltungsakte	299
D.	Begründetheit der Leistungsunterlassungsklage: Der Unterlassungsanspruch	300
I.	Rechtsgrundlage	300
II.	Anspruchsvoraussetzungen: insbesondere bei erwerbswirtschaftlicher Betätigung und Immissionen	301
1.	Hoheitlicher Eingriff in subjektives Recht	301
2.	Rechtswidrigkeit	302
3.	Fortdauern oder unmittelbares Bestehen	303
III.	Die Unterlassung von Warnungen und Empfehlungen	303
§ 13	Einstweiliger Rechtsschutz nach § 123 VwGO	305
A.	Einordnung	305

B. Zulässigkeit	306
I. Eröffnung des Verwaltungsrechtsweges	306
II. Statthafte Verfahrensart	306
III. Antragsbefugnis	306
IV. Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis	306
C. Begründetheit	307
I. Glaubhaftmachung Anordnungsanspruch	307
II. Glaubhaftmachung Anordnungsgrund	307
III. Anordnungsentscheidung	307
IV. Keine Vorwegnahme der Hauptsache	307
2. Teil. Erlass von Maßnahmen	309
4. Kapitel. Erlass von Normen	310
§ 14 Normerlassansprüche und ihre Durchsetzung	310
A. Allgemeines	310
B. Aus Unionsrecht: Stattdessen unmittelbare Wirkung	310
I. Auf Unionsnormen	310
II. Auf nationale Normen	310
C. Aus Grundrechten	311
I. Objektive Grundrechtsfunktionen	311
1. Grundrechte als Leistungsrechte	311
2. Grundrechtliche Schutzpflichten	311
II. Gleichheitssatz, insbesondere Normergänzungsanspruch	313
D. Aus einfachem Recht	314
E. Prozessuale Durchsetzung	314
I. Vor dem EuGH	314
II. Vor dem BVerfG	314
III. Vor Verwaltungsgerichten	315
5. Kapitel. Erlass von Verwaltungsakten	316
§ 15 Zulässigkeit der Verpflichtungsklage	316
A. Eröffnung des Verwaltungsrechtsweges	317
I. Zulassung zu einer öffentlichen Einrichtung	317
II. Subventionsbescheid	318
B. Statthaftigkeit	318
I. Abgrenzung zur Anfechtungsklage	318
II. Sonderprobleme der Konkurrentenklagen	319
C. Klagebefugnis, § 42 II VwGO	320
I. Anspruchsgrundlagen	320
II. Ansprüche aus Ermessensvorschriften	321
D. Vorverfahren	322
E. Klagefrist	322
F. Rechtsschutzbedürfnis	322
§ 16 Begründetheit der Verpflichtungsklage	323
A. Allgemeiner Rahmen	323
B. Die Grundstruktur von Genehmigungsfällen	324
I. Genehmigungspflichtigkeit	324
II. Genehmigungsfähigkeit	324
C. Anspruch auf Erteilung einer Baugenehmigung	325
I. Anspruchsgrundlagen	325
II. Formelle Anspruchsvoraussetzungen	325
III. Materielle Voraussetzungen	327
1. Genehmigungspflichtigkeit	327
2. Genehmigungsfähigkeit	327
D. Ansprüche auf die Benutzung öffentlicher Sachen, insbesondere Straßen	335
I. Allgemeines, Abgrenzung von Anfechtungssituationen	335
II. Begriff der öffentlichen Sache	335
III. Erlaubnispflichtigkeit	336
1. Gemeingebrauch und Sondernutzung	336
2. Straßenanliegergebrauch	338
3. Kommunikativer Gemeingebrauch	338
IV. Erteilung der Sondernutzungserlaubnis	339

E.	Benutzung kommunaler Einrichtungen	340
I.	Anspruchsgrundlagen	340
II.	Der allgemeine kommunalrechtliche Benutzungsanspruch	341
1.	Vorliegen einer öffentlichen Einrichtung	341
2.	Aktivlegitimation	342
3.	Rechtliche Schranken	343
4.	Tatsächliche Schranken	344
F.	Anspruch auf polizeiliches Einschreiten	345
I.	Zuständigkeit der Polizei für den Schutz privater Rechte	346
II.	Erfordernis eines subjektiv-öffentlichen Rechts	346
III.	Ermessensreduzierung auf null	347
G.	Anspruch aus Zusicherung gem. § 38 VwVfG	348
H.	Wiederaufgreifen des Verfahrens	348
I.	Konstellation der Verpflichtungsklage	348
II.	Wiederaufgreifen nach § 51 VwVfG	349
1.	Wiederaufgreifensgründe nach § 51 I Nr. 1–3 VwVfG	350
2.	Neue Sachentscheidung	350
III.	»Wiederaufgreifen« nach §§ 48, 49 VwVfG	351
J.	Ansprüche aus Unionsrecht	351
§ 17	Einstweiliger Rechtsschutz auf Erlass eines VA	352
A.	Regelungsanordnung nach § 123 I 2 VwGO	352
B.	Für Hochschulzulassungen	353
C.	Bei Zweifeln an entgegenstehendem EU-Recht	355
6. Kapitel.	Sonstiges Verwaltungshandeln und Geldzahlungen	356
§ 18	Die allgemeine Leistungs(vornahme)klage	356
A.	Allgemeines	356
B.	Zulässigkeit	356
I.	Verwaltungsrechtsweg, insbesondere kraft Sachzusammenhang	356
1.	Eröffnung des Verwaltungsrechtswegs, § 40 I VwGO	356
2.	Der Rechtsweg kraft Sachzusammenhang, § 17 II GVG	357
II.	Statthaftigkeit	357
III.	Klagebefugnis	358
IV.	Sonstige Zulässigkeitsvoraussetzungen	359
1.	Vorverfahren	359
2.	Klagefrist	359
3.	Rechtsschutzbedürfnis	359
C.	Begründetheit der allgemeinen Leistungsklage, insbesondere Folgenbeseitigungsanspruch	360
I.	Allgemeines	360
II.	Der allgemeine Folgenbeseitigungsanspruch (FBA)	361
1.	Grundlage	361
2.	Voraussetzungen	361
3.	Rechtsfolgen	362
D.	Einstweiliger Rechtsschutz bei Begehren auf Leistungsvornahme	363
§ 19	Leistungsansprüche aus öffentlich-rechtlichem Vertrag	364
A.	Allgemeines	364
B.	Vorliegen eines öffentlich-rechtlichen Vertrages	365
C.	Rechtmäßigkeit des Vertrages	366
I.	Zulässigkeit der Vertragsform	366
II.	Formelle Rechtmäßigkeit	366
III.	Materielle Rechtmäßigkeit	366
D.	Nichtigkeit des Vertrages	367
§ 20	Geldleistungsansprüche	369
A.	Haftung aus öffentlich-rechtlichen Sonderverbindungen	370
I.	Öffentlich-rechtliche Sonderverbindungen	370
II.	Haftung	370
III.	Zivilrechtsweg	371
B.	Staatshaftung	371
I.	Amtshaftung nach nationalem Recht	372
1.	Verhältnis zu anderen Ansprüchen	372
2.	Handeln im öffentlich-rechtlichen Tätigkeitsbereich	372
3.	Verletzung einer drittbezogenen Amtspflicht	373

4. Kausaler Schaden	376
5. Verschulden	376
6. Haftungseinschränkung	376
7. Passivlegitimation	377
8. Rechtsfolge	377
II. Staatshaftung für unionsrechtswidriges Verhalten	378
1. Anwendungsbereich	378
2. Grundvoraussetzungen	380
3. Unterschied zu § 839 BGB, Art. 34 GG	381
C. Entschädigungsansprüche	383
I. Abgrenzung zu Schadensersatzansprüchen	383
II. Spezialgesetzliche Entschädigungsansprüche	383
1. Enteignungsentschädigungen	383
2. Sonstige Entschädigungsansprüche	384
III. Entschädigung aus Aufopferung, enteignungsgleichem und enteignendem Eingriff	385
1. Enteignungsgleicher und enteignender Eingriff	386
2. Der allgemeine Aufopferungsanspruch	389
D. Öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch	389
I. Nach § 49a VwVfG	389
II. Nach allgemeinen Grundsätzen	390
III. Durchsetzung	391
IV. Konkurrenzen	392
E. Aufwendungsersatz	392
F. Sozialleistungsansprüche	394
3. Teil. Feststellung der Rechtswidrigkeit	395
7. Kapitel. Verfassungsrechtliche Feststellungsbegehren: Handeln von nationalen Verfassungsorganen	395
§ 21 Organstreitverfahren	395
A. Zulässigkeit	395
I. Parteifähigkeit von Antragsteller und Antragsgegner	395
II. Streitgegenstand (Statthaftigkeit)	397
III. Antragsbefugnis	397
IV. Rechtsschutzbedürfnis	398
V. Form und Frist	398
B. Begründetheit	399
I. Maßstab und Inhalt der Entscheidung	399
II. Die Rechtsstellung von Abgeordneten und Fraktionen	399
1. Abgeordnete	399
2. Fraktionen	403
3. Das Verhältnis des Abgeordneten zu Fraktion und Partei	403
4. Die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen	404
5. Bundestagsauflösung	407
III. Politische Parteien	408
1. Allgemeines	408
2. Gewährleistung der Chancengleichheit der Parteien	409
3. Parteienfinanzierung	411
4. Sonderproblem: Rückforderung nach ParteiG	412
§ 22 Bund-Länder-Streitigkeiten	413
A. Bund-Länder-Streitigkeiten nach Art. 93 I Nr. 3 GG	413
I. Zulässigkeit	414
1. Antragsberechtigung	414
2. Streitgegenstand	414
3. Antragsbefugnis	414
4. Vorverfahren	414
5. Form und Frist	414
II. Begründetheit	415
1. Landeseigenverwaltung	415
2. Bundesauftragsverwaltung	415
3. Bundestreue	417
B. Andere Bund-Länder-Streitigkeiten nach Art. 93 I Nr. 4 GG	418

8. Kapitel. Feststellungsbegehren für Verwaltungshandeln	418
§ 23 Kommunalverfassungsrechtliche Streitigkeiten	418
A. Begriff und Bedeutung	418
B. Zulässigkeit der kommunalverfassungsrechtlichen Klage	419
I. Verwaltungsrechtsweg	419
II. Statthafte Klageart	419
III. Klagebefugnis	420
IV. Beteiligtenfähigkeit	421
C. Begründetheit der kommunalverfassungsrechtlichen Klage	421
I. Die Rechtsstellung der Ratsmitglieder	421
II. Fraktionsrecht	423
§ 24 Feststellungsklage	424
A. Zulässigkeit	424
I. Verwaltungsrechtsweg	424
II. Statthaftigkeit	424
1. Allgemeine Feststellungsklage gem. § 43 I Alt. 1 VwGO	424
2. Nichtigkeitsfeststellungsklage gem. § 43 I Alt. 2 VwGO	428
III. Klagebefugnis	428
IV. Feststellungsinteresse	428
V. Keine Subsidiarität	429
VI. Sonstiges	431
B. Begründetheit	431
§ 25 Fortsetzungsfeststellungsklage (Rechtswidrigkeitsfeststellungsklage)	432
A. Einordnung	432
B. Zulässigkeit	433
I. Eröffnung des Verwaltungsrechtsweges	433
II. Statthafte Klageart	434
1. Verwaltungsakt	434
2. Erledigung des Verwaltungsaktes	434
3. Erledigung nach Klageerhebung	435
4. Erledigung vor Klageerhebung	435
III. Klagebefugnis	436
IV. Vorverfahren	436
V. Klagefrist	437
VI. Berechtigtes Feststellungsinteresse	438
C. Begründetheit	439
I. Maßstab	439
II. Inhaltliche Prüfung: Konstellationen aus dem Versammlungs- und Polizeirecht	439
1. Versammlungsgesetz als lex specialis zum allgemeinen Polizeirecht	440
2. Allgemeine polizeirechtliche Maßnahmen im Zusammenhang mit Versammlungen	443
Entscheidungssammlung	447
Sachverzeichnis	453



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Verzeichnis der Abbildungen, Übersichten und Schemata

	Rn.
Anspruchsziele im Öffentlichen Recht	17
Abwehr von Normen	19
Vorlage an den EuGH nach Art. 267 AEUV	79
Prüfung der europäischen Grundfreiheiten	84
Warenverkehrsfreiheit	92
Prüfung deutscher Gesetze (im materiellen Sinn) vor dem BVerfG	118
Abstrakte Normenkontrolle nach Art. 93 I Nr. 2 GG	124
Abstrakte Normenkontrolle nach Art. 93 I Nr. 2a GG	126
Vorlage an das BVerfG	132
Zulässigkeit der Individualverfassungsbeschwerde	157
Kommunalverfassungsbeschwerde	177
Einstweiliger Rechtsschutz vor dem BVerfG	178
Prüfung eines Grundrechtseingriffs	268
Eigentumsgrundrecht	530
Prüfung der Berufsfreiheit, Art. 12 GG	571
Prüfung des allgemeinen Gleichheitssatzes	595
Untergesetzliche Normenkontrolle, § 47 VwGO	609
Bebauungsplan	693
Anfechtungsklage, § 42 I Alt. 1 VwGO: Gesamtbild	711
Polizeiliche Vollstreckungsmaßnahmen	846
Aufhebung von VA auch nach Unanfechtbarkeit	952
Sofortige Vollziehung	992
Einstweiliger Rechtsschutz nach §§ 80 V, 80a VwGO	1021
Abwehr von sonstigen Maßnahmen bei Unterlassungsanspruch durch allgemeine Leistungsklage	1070
Einstweiliger Rechtsschutz nach § 123 VwGO	1084
Erlass von/Zahlung von Maßnahmen	1085
Prüfung der Verpflichtungsklage, § 42 I Alt. 2 VwGO	1112
Anspruch auf eine Baugenehmigung, § 75 I 1 NRW BauO	1195
Anspruch auf Benutzung einer Sache bzw. Einrichtung	1246
Prüfung einer Leistungsvornahmeklage (mit FBA)	1322
Geldleistungsansprüche	1346
Staatshaftung bei Verstößen gegen nationales/Europarecht	1411
Enteignungsgleicher/enteignender Eingriff	1437
GoA	1460
Organstreitverfahren	1524
Bund-Länderstreitigkeiten nach Art. 93 I Nr. 3 GG	1543
Kommunalverfassungsstreit (KVS)	1571
Feststellungsklage, § 43 I VwGO	1615
Fortsetzungsfeststellungsklage, § 113 I 4 VwGO	1663



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Abkürzungsverzeichnis

aA	andere(r) Ansicht/Auffassung
abl.	ablehnend
Abs.	Absatz
abw.	abweichend
AL	Ad legendum (Zeitschrift)
aE	am Ende
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
aF	alte(r) Fassung
AG	Amtsgericht, Aktiengesellschaft
allg.	allgemein
ALR	Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten
Alt.	Alternative
Anm.	Anmerkung
Arch	Archiv des öffentlichen Rechts (Zeitschrift)
APR	Allgemeines Persönlichkeitsrecht
Art.	Artikel
AT	Allgemeiner Teil
AtG	Gesetz über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren
AufenthG	Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet
Aufl.	Auflage
ausf.	ausführlich
ausdr.	ausdrücklich
BauGB	Baugesetzbuch
BauO	Bauordnung
BauNVO	Baunutzungsverordnung
Bay, bay	Bayern, bayerisch
BayAGVwGO	Gesetz zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung Bayern
BayBO	Bayerische Bauordnung
BayDSG	Bayerisches Datenschutzgesetz
BayGO	Bayerische Gemeindeordnung
BayPAG	Bayerisches Polizeiaufgabengesetz
BayStrWG	Bayerisches Straßen- und Wegegesetz
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter (Zeitschrift)
BayVersG	Bayerisches Versammlungsgesetz
BayVwVfG	Bayerisches Verwaltungsverfahrensgesetz
BBG	Bundesbeamtenengesetz
BBodSchG	Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz)
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
BeamStG	Gesetz zur Regelung des Statusrechts der Beamtinnen und Beamten in den Ländern (Beamtenstatusgesetz)
Bek.	Bekanntmachung
Beschl.	Beschluss
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BImSchG	Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigung, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz)
BNatSchG	Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz)

BND	Bundesnachrichtendienst
BR	Bundesrat
BRRG	Rahmengesetz zur Vereinheitlichung des Beamtenrechts (Beamtenrechtsrahmen- gesetz)
BSG	Bundessozialgericht
BT	Bundestag, Besonderer Teil
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Gesetz über das Bundesverfassungsgericht (Bundesverfassungsgerichtsgesetz)
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BW	Baden-Württemberg
BWahlG	Bundeswahlgesetz
BWGO	Gemeindeordnung Baden-Württemberg
BWLBauO	Landesbauordnung Baden-Württemberg
BWLGastG	Landesgaststättengesetz Baden-Württemberg
BWPolG	Polizeigesetz Baden-Württemberg
BWStrG	Straßengesetz Baden-Württemberg
BWStrWG	Straßen- und Wegegesetz Baden-Württemberg
BWVerf	Verfassung des Landes Baden-Württemberg
BWVwGO	Verwaltungsgerichtsordnung Baden-Württemberg
BWVwVG	Verwaltungsvollstreckungsgesetz Baden-Württemberg
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise

ca. circa

d.	der, des, durch
dh.	das heißt
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung (Zeitschrift)
Drs.	Drucksache
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt (Zeitschrift)
DVP	Deutsche Verwaltungspraxis (Zeitschrift)

EAPP	Expanded Asset Purchase Programme
Einl.	Einleitung
einschr.	einschränkend
EGGVG	Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
ESFS	Europäisches System der Finanzaufsicht
ESM	Europäischer Stabilitätsmechanismus
etc	et cetera
EU-DSGVO	Verordnung (EU) des Europäischen Parlaments und des Rates zum Schutz natür- licher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Daten- verkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG v. 27.4.2016 (Datenschutz- Grundverordnung)
EuG	Gericht der Europäischen Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EUR	Euro
EuR	Europarecht (Zeitschrift)
EuropaR	Europarecht
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
evtl.	eventuell
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht (Zeitschrift)
EZB	Europäische Zentralbank

f., ff.	folgende Seite bzw. Seiten
FBA	Folgenbeseitigungsanspruch
FDGO	Freiheitlich-demokratische Grundordnung
FeV	Verordnung über die Zulassung von Personen zum Straßenverkehr (Fahrerlaubnis-Verordnung)
FFK	Fortsetzungsfeststellungsklage
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
FStrG	Bundesfernstraßengesetz
FZV	Verordnung über die Zulassung von Fahrzeugen zum Straßenverkehr (Fahrzeug-Zulassungsverordnung)
G	Gesetz
GA	Generalanwalt
GastG	Gaststättengesetz
gem.	gemäß
GewArch	Gewerbearchiv (Zeitschrift)
GewO	Gewerbeordnung
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GO	Gemeindeordnung
GoA	Geschäftsführung ohne Auftrag
GOBT	Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages
GRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
grdl.	grundlegend
grds.	grundsätzlich
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
HdB	Handbuch
HessLV	Hessische Landesverfassung
HEZG	Hinterbliebenenrenten- und Erziehungszeitengesetz
hM	herrschende Meinung
HRG	Hochschulrahmengesetz
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
idF	in der Fassung
idR	in der Regel
iE	im Einzelnen
insbes.	insbesondere
iS	im Sinne
iSd	im Sinne der, des
iSv	im Sinne von
iVm	in Verbindung mit
JA	Juristische Arbeitsblätter (Zeitschrift)
JURA	Juristische Ausbildung (Zeitschrift)
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
JuSchG	Jugendschutzgesetz
JustG NRW	Gesetz über die Justiz im Land Nordrhein-Westfalen
KAG	Kommunalabgabengesetz
Kap.	Kapitel
KommunalR	Kommunalrecht
krit.	kritisch
KrWG	Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz)
KSchG	Kündigungsschutzgesetz

KunstUrhG	Gesetz betreffend das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und der Photographie
KVS	Kommunalverfassungsstreit
LBauO	Landesbauordnung
LG	Landgericht
LMBG	Gesetz über den Verkehr mit Lebensmitteln, Tabakerzeugnissen, kosmetischen Mitteln und sonstigen Bedarfsgegenständen (Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetz, außer Kraft)
Ls.	Leitsatz
Luftsicherheitsgesetz	LuftSiG
LVerfG	Landesverfassungsgericht
mAnm	mit Anmerkung
MEPolG	Musterentwurf eines einheitlichen Polizeigesetzes
mN	mit Nachweisen
mwN	mit weiteren Nachweisen
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
NSOG	Niedersächsisches Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung
NdsVBl.	Niedersächsische Verwaltungsblätter (Zeitschrift)
NordÖR	Zeitschrift für Öffentliches Recht in Norddeutschland
Nr.	Nummer
NRW	Nordrhein-Westfalen, nordrhein-westfälisch
NRWAGVwGO	Gesetz zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung Nordrhein-Westfalen
NRWBauO	Bauordnung Nordrhein-Westfalen
NRWHG	Gesetz über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen
NRWGO	Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen
NRWIFG	Informationsfreiheitsgesetz Nordrhein-Westfalen
NRWJustG	Justizgesetz Nordrhein-Westfalen
NRWOBG	Ordnungsbehördengesetz Nordrhein-Westfalen
NRWPolG	Polizeigesetz Nordrhein-Westfalen
NRWPresseG	Pressegesetz Nordrhein-Westfalen
NRWStrWG	Straßen- und Wegegesetz Nordrhein-Westfalen
NRWVerf	Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen
NRWvVG	Verwaltungsvollstreckungsgesetz Nordrhein-Westfalen
NVersG	Niedersächsisches Versammlungsgesetz
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NVwZ-RR	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht – Rechtsprechungs-Report
NWDSchG	Gesetz zum Schutz und zur Pflege der Denkmäler im Lande Nordrhein-Westfalen
NWVBl.	Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter (Zeitschrift)
ÖffR	Öffentliches Recht
OLG	Oberlandesgericht
OMT	Outright Monetary Transactions
ör	öffentlich-rechtlich
OVG	Oberverwaltungsgericht
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
ParteiG	Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz)
PBefG	Personenbeförderungsgesetz
Pkw	Personenkraftwagen
POR	Polizei- und Ordnungsrecht
PSPP	Public Sector Purchase Programme
PStG	Personenstandsgesetz
PUAG	Gesetz zur Regelung des Rechts der Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestages (Untersuchungsausschussgesetz)

RhPf	Rheinland-Pfalz
ROG	Raumordnungsgesetz
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer(n)
Rs.	Rechtssache
Rspr.	Rechtsprechung
S.	Satz
Sachs, sächs	Sachsen, sächsisch
SächsGemO	Sächsische Gemeindeordnung
Slg.	Sammlung
sog.	sogenannt
StaatsR	Staatsrecht
StabMechG	Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus (Stabilisierungsmechanismusgesetz)
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
str.	streitig, strittig
stRspr	ständige Rechtsprechung
StudZR	Studentische Zeitschrift für Rechtswissenschaft Heidelberg
StVO	Straßenverkehrsordnung
TierSchG	Tierschutzgesetz
TKG	Telekommunikationsgesetz
u.	und
UAbs.	Unterabsatz
UmwG	Umwandlungsgesetz
Urt.	Urteil
usw	und so weiter
uU	unter Umständen
v.	vom, von
va	vor allem
VA	Verwaltungsakt/e
Var.	Variante
Verf.	Verfasser, Verfassung
VerfassungsR	Verfassungsrecht
VersG	Gesetz über Versammlungen und Aufzüge (Versammlungsgesetz)
VerwArch	Verwaltungsarchiv (Zeitschrift)
VerwProzR	Verwaltungsprozessrecht
VerwR	Verwaltungsrecht
VerwVerfR	Verwaltungsverfahrensrecht
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
VR	Verwaltungsrundschau (Zeitschrift)
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVG	Verwaltungsvollstreckungsgesetz
WaffG	Waffengesetz
WaStrG	Bundeswasserstraßengesetz
wg.	wegen
WM	Wertpapier-Mitteilungen (Zeitschrift)
WRV	Weimarer Reichsverfassung
WVRK	Wiener Vertragsrechtskonvention

zB	zum Beispiel
ZJS	Zeitschrift für das juristische Studium
ZPO	Zivilprozessordnung
zit.	zitiert
zT	zum Teil



Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur

- W. Kahl/Waldhoff, C./Walter, C. (Hrsg.), Bonner Kommentar zum Grundgesetz, Stand: 08/2018 (zit.: BK/Bearbeiter)
- Benda, E./Klein, E./Klein, O., Verfassungsprozessrecht, 3. Aufl. 2012 (zit.: Benda/Klein VerfProzR)
- Burgi, M., Kommunalrecht, 6. Aufl. 2019 (zit.: Burgi KommunalR)
- Degenhart, C., Staatsrecht I, 34. Aufl. 2018 (zit.: Degenhart StaatsR I)
- Detterbeck, S., Allgemeines Verwaltungsrecht mit Verwaltungsprozessrecht, 16. Aufl. 2018 (zit.: Detterbeck AllgVerwR)
- Dreier, H. (Hrsg.), Grundgesetz, Kommentar, Band I (Art. 1–19), 3. Aufl. 2013 (zit.: Dreier/Bearbeiter)
- Ehlers, D./Pünder, H. (Hrsg.), Allgemeines Verwaltungsrecht, 15. Aufl. 2016 (zit.: Bearbeiter in Ehlers/Pünder AllgVerwR)
- Ehlers, D. (Hrsg.), Europäische Grundrechte und Grundfreiheiten, 4. Aufl. 2014 (zit.: Ehlers/Bearbeiter)
- Epping, V., Grundrechte, 8. Aufl. 2019 (zit.: Epping GR)
- Erbguth, W./Mann, T./Schubert, M., Besonderes Verwaltungsrecht, 12. Aufl. 2015 (zit.: Erbguth/Mann/Schubert BesVerwR)
- Fleury, R., Verfassungsprozessrecht, 10. Aufl. 2015 (zit.: Fleury VerfProzR)
- Frenz, W., Europarecht, 2. Aufl. 2016 (zit.: Frenz Europarecht)
- Frenz, W., Handbuch Europarecht, Band I, 2. Aufl. 2012, Band II, 2. Aufl. 2015, Band III ff., 2007ff. (zit.: Frenz HdB EuropaR I [bis VI])
- Gärditz, K. F. (Hrsg.), Verwaltungsgerichtsordnung mit Nebengesetzen, Kommentar, 2. Aufl. 2018 (zit.: Gärditz/Bearbeiter)
- Gersdorf, H., Verwaltungsprozessrecht, 5. Aufl. 2014 (zit.: Gersdorf VerwProzR)
- Götz, V./Geis, M.-E., Allgemeines Polizei- und Ordnungsrecht, 16. Aufl. 2017 (zit.: Götz/Geis PolR)
- Gusy, C., Polizei- und Ordnungsrecht, 10. Aufl. 2017 (zit.: Gusy PolR)
- Herdegen, M., Europarecht, 20. Aufl. 2018 (zit.: Herdegen EuropaR)
- Hesse, K., Grundzüge des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland, 20. Aufl. Neudruck 1999 (zit.: Hesse Grundzüge VerfassungsR)
- Hobe, S., Europarecht, 9. Aufl. 2017 (zit.: Hobe EuropaR)
- Hufen, F., Staatsrecht II, Grundrechte, 7. Aufl. 2018 (zit.: Hufen StaatsR II)
- Hufen, F., Verwaltungsprozessrecht, 10. Aufl. 2016 (zit.: Hufen VerwProzR)
- Ipsen, J., Allgemeines Verwaltungsrecht, 11. Aufl. 2019 (zit.: Ipsen AllgVerwR)
- Ipsen, J., Staatsrecht I – Staatsorganisationsrecht, 30. Aufl. 2018 (zit.: Ipsen StaatsR I)
- Ipsen, J., Staatsrecht II – Grundrechte, 21. Aufl. 2018 (zit.: Ipsen StaatsR II)
- Isensee, J./Kirchhof, P., Handbuch des Staatsrechts, Bd. 1 ff., 3. Aufl. 2003 ff. (zit.: HdBST/Bearbeiter)
- Jarass, H. D., Bundes-Immissionsschutzgesetz, 12. Aufl. 2017 (zit.: Jarass BImSchG)
- Jarass, H. D./Pieroth, B., GG – Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, 15. Aufl. 2018 (zit.: Jarass/Pieroth)
- Kingreen, T./Poscher, R., Grundrechte Staatsrecht II, 34. Aufl. 2018 (zit.: Kingreen/Poscher StaatsR II)
- Knack, H./Henneke, H.-G., Verwaltungsverfahrensgesetz – Kommentar, 10. Aufl. 2014 (zit.: Knack/Henneke/Bearbeiter)
- Kopp, F. O./Ramsauer, U., Verwaltungsverfahrensgesetz, 19. Aufl. 2018 (zit.: Kopp/Ramsauer)
- Kopp, F. O./Schenke, W.-R., Verwaltungsgerichtsordnung, 24. Aufl. 2018 (zit.: Kopp/Schenke/Bearbeiter)
- Lisken, H./Denninger, E., Handbuch des Polizeirechts, 6. Aufl. 2018 (zit.: Bearbeiter in Lisken/Denninger PolR-HdB)

- Mann, T./Wahrendorf, V., Verwaltungsprozessrecht, 4. Aufl. 2015 (zit.: Mann/Wahrendorf VerwProzR)
- Manssen, G., Staatsrecht II – Grundrechte, 16. Aufl. 2019 (zit.: Manssen StaatsR II)
- Maunz, T./Dürig, G., Grundgesetz-Kommentar, Stand: 04/2018 (zit.: Maunz/Dürig/Bearbeiter)
- Maurer, H., Staatsrecht I – Grundlagen, Verfassungsorgane, Staatsfunktionen, 6. Aufl. 2010 (zit.: Maurer StaatsR I)
- Maurer, H./Waldhoff, C., Allgemeines Verwaltungsrecht, 19. Aufl. 2017 (zit.: Maurer/Waldhoff Allg-VerwR)
- Obermayer, K./Funke-Kaiser, M. (Hrsg.), Kommentar zum Verwaltungsverfahrensgesetz, 5. Aufl. 2018 (zit.: Obermayer/Funke-Kaiser/Bearbeiter)
- Ossenbühl, F./Cornils, M., Staatshaftungsrecht, 6. Aufl. 2013 (zit.: Ossenbühl/Cornils StaatsHaftR)
- Peine, F.-J./Siegel, T., Allgemeines Verwaltungsrecht, 12. Aufl. 2018 (zit.: Peine/Siegel AllgVerwR)
- Pietzner, R./Ronellenfötsch, M., Assessorexamen im Öffentlichen Recht, 14. Aufl. 2019 (zit.: Pietzner/Ronellenfötsch Assessorexamen)
- Sachs, M. (Hrsg.), Grundgesetz, Kommentar, 8. Aufl. 2018 (zit.: Sachs/Bearbeiter)
- Schenke, W.-R., Verwaltungsprozessrecht, 16. Aufl. 2019 (zit.: Schenke VerwProzR)
- Schlaich, K./Korioth, S., Das Bundesverfassungsgericht, 11. Aufl. 2018 (zit.: Schlaich/Korioth BVerfG)
- Schmitt Glaeser, W./Horn, H.-D., Verwaltungsprozeßrecht, 15. Aufl. 2000 (zit.: Schmitt Glaeser/Horn VerwProzR)
- Schoch, F. (Hrsg.), Besonderes Verwaltungsrecht, 2018 (zit.: Schoch/Bearbeiter)
- Schoch, F./Schneider, J.-P./Bier, W., Verwaltungsgerichtsordnung, Kommentar, Stand: 5/2018 (zit.: Schoch/Schneider/Bier/Bearbeiter)
- Schwerdtfeger, G./Schwerdtfeger, A., Öffentliches Recht in der Fallbearbeitung, 15. Aufl. 2018 (zit.: Schwerdtfeger/Schwerdtfeger ÖffR)
- Sodan, H./Ziekow, J., Grundkurs Öffentliches Recht, 8. Aufl. 2018 (zit.: Sodan/Ziekow GK ÖffR)
- Sodan, H./Ziekow, J. (Hrsg.), Verwaltungsgerichtsordnung, 5. Aufl. 2018 (zit.: NK-VwGO/Bearbeiter)
- Steiner, U./Brinktrine, R. (Hrsg.), Besonderes Verwaltungsrecht, 9. Aufl. 2018 (zit.: Bearbeiter in Steiner/Brinktrine BesVerwR)
- Stelkens, P./Bonk, H. J./Sachs, M., Verwaltungsverfahrensgesetz, Kommentar, 9. Aufl. 2018 (zit.: Stelkens/Bonk/Sachs/Bearbeiter)
- Stern, K., Staatsrecht II ff., 1980ff. (zit.: Stern StaatsR II oder III/1)
- v. Mangoldt, H./Klein, F./Starck, C./Huber P. M./Voßkuhle, A., Grundgesetz, Bd. 1 ff., 7. Aufl. 2018 (zit.: v. Mangoldt/Klein/Starck/Bearbeiter)
- v. Münch, I./Kunig, P. (Hrsg.), Grundgesetz-Kommentar, Bd. I f., 6. Aufl. 2012 (zit.: v. Münch/Kunig/Bearbeiter)
- Wolff, H. J./Bachof, O./Stober, R./Kluth, W., Verwaltungsrecht I, 13. Aufl. 2017 (zit.: Bearbeiter in WBSK VerwR I)